

Öffentlichkeitswirksam veranstaltete das Bündnis Bürgerenergie am 03.12.19 im Deutschen Haus in Arendsee eine Informationsveranstaltung, um über die Gefahren der Erdöl- und Erdgaserkundung im Erlaubnisfeld Thielbeer aufzuklären. Vor Vertretern von Politik und Kommunen und vielen BürgerInnen referierte der Wasserwirtschaftsingenieur Bernd Ebeling kenntnisreich über das Ansinnen von Geo Explorations Technologies mit der Genehmigung des Landesamts für Bergbau und Geologie um den Arendsee herum Erkundungsbohrungen durchzuführen, und zwar bis in Ortschaften im Landkreis Stendal hinein. Förderanlagen dürfen bis zu 30 Meter an Wohnhäuser heran gebaut werden.

VertreterInnen der „Friday for Future“-Bewegung aus Salzwedel ergänzten Informationen über die Folgen des Klimawandels weltweit und vor Ort und forderten von der Politik ein, Entscheidungen zugunsten des Allgemeinwohls statt für Kapitalinteressen zu treffen. „Lösungen“ der Klimakrise ließen sich nicht mit einem Austausch fossiler Brennstoffe untereinander realisieren, diese seien allesamt klimaschädlich. Auch wenn dies in den Medien oft nicht so deutlich wird, sei Erdgas der falsche Weg, da seine Förderung Methan freisetzt, welches um ein Vielfaches klimaschädlicher ist als CO₂. Da die fossilen Energieträger in absehbarer Zeit erschöpft sein werden, mache es ohnehin keinen Sinn, weitere Umweltschäden, die mit ihrer Förderung verbunden sind, in Kauf zu nehmen, anstatt gleich auf klimafreundliche Wind- und Sonnenenergie zu setzen. Bürgermeister Norman Klebe deutete an, dem Beispiel der Nachbarkommunen aus Lüchow-Dannenberg folgen zu wollen und das Thema kritisch im Stadtrat zu diskutieren.

Die anwesenden Landtagsabgeordneten steuerten ihre Vorschläge zum Umgang mit der aktuellen Lage in Arendsee bei:

Einigkeit herrschte bei Andreas Höppner (Die Linke) und Dorothea Frederking (Grüne) darüber, sich dem Vorhaben der Firma GET mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu widersetzen. Andreas Höppner: „Die sollen merken: 'Hier wird die Sache teuer.'“

Anwohner können sich per Listeneintrag weigern, ihre Grundstücke für die Bohrungen zur Verfügung zu stellen, Ortschaften und Kommunen können das Wegerecht verweigern. Kreis- und Landesverwaltung haben dabei keine Möglichkeit, angesichts der gültigen Rechtslage, die Aufsuchungserlaubnis zu verweigern. Dorothea Frederking forderte eine Effizienzsteigerung der bestehenden Windenergieanlagen, bei der BürgerInnen und Kommunen konsequent beteiligt sein sollen.

Andreas Höppner zeigte sich empört über die Idee, in Arendsee nach Erdöl und Erdgas zu suchen. Kein Abgeordneter sei über den Vorgang informiert worden. Der Arendsee ist ein einzigartiges naturbelassenes Ökosystem, das für den Tourismus weiter erschlossen werden soll, anstatt den negativen Folgen der Erdgasförderung und der Zerstörung überlassen zu werden. Empörend sei auch die Informationspolitik der Landesverwaltung. Angesichts weiterer Umweltskandale wie in Brüchau, die zahlreichen Bohrschlammgruben oder die mögliche Atommülldeponie in Waddekath komme es ihm so vor, als würde die Altmark beim Land als Altlasten-Lagerstätte gesehen, wo unbemerkt über die Köpfe der BürgerInnen hinweg Tatsachen geschaffen werden könnten. Dabei sei es fatal zu glauben, die Branche bringe Arbeitsplätze und Perspektiven in die Regionen, gerade die kleineren Unternehmen bringen ihre Fachkräfte mit und hinterlassen nur die Schäden. Denn Leckagen, die nach ExpertInnenmeinungen ständig vorkommen, Bodensenkungen und -hebungen sowie Erdbeben in den Regionen, in denen gebohrt wird, sind die nachweislichen Begleiterscheinungen der Erdgasförderung. Schäden an Gebäuden und vor allem giftiges Lagerstättenwasser, das oft über Jahrzehnte ins Grundwasser gelangt, sind Spätfolgen für AnwohnerInnen und Kommunen.

Die Resolution des Bündnisses Bürgerenergie gegen die Aufsuchungspläne von GET und gegen die gängige Praxis des Landesamts für Bergbau und Geologie wie insgesamt gegen die Ausbeutung von

fossilen Lagerstätten wurde per Akklamation von einer großen Mehrheit der Anwesenden angenommen. Tenor des Abends: Wir wollen nachhaltigen Fortschritt statt auf Technologien von gestern zu setzen, Leidtragende angesichts der Klimakrise zu bleiben und deren Schäden auszubaden.

Andreas Höppner, der Kreisverband Die Linke Altmarkkreis Salzwedel sowie die Basisorganisation Die Linke in Arendsee fordern eine Zukunftsperspektive für Arendsee, die Energie, Beschäftigung, nachhaltige Entwicklung und Ökologie langfristig zusammen denkt und Arendsee als Naturoase für Öko-Tourismus attraktiv macht.

Nadja Lüttich